

Anmeldung

Anmeldungen (postalisch oder digital) erbeten bis zum 10. April 2022 an das

Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS)

Domstraße 20a, 17489 Greifswald

Telefon: +49 3834 420 2100

Email: ifeus@uni-greifswald.de

www.uni-greifswald.de/ifeus

Bitte geben Sie bei der Anmeldung Ihre Email-Adresse an, über die wir Ihnen vor der Veranstaltung einen Einladungslink sowie weiterführende Informationen zukommen lassen können.

Tagungsbeitrag

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Veranstalterin:

Prof. Dr. Sabine Schlacke

Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Umwelt-, Energie- und Seerecht (IfEUS)

Organisation

Jana Prieß (Sekretariat)

Frederick Qasem

Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS)

Universität Greifswald

Ankündigung

des 2. Greifswalder Gesprächs zum Energie-, Umwelt- und Seerecht

Stromnetzausbau als notwendige Voraussetzung der Energiewende:

Praktische und rechtliche Herausforderungen

Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS) in Kooperation mit E.DIS AG

Termin: **Dienstag, 31. Mai 2022, 16-19 Uhr** mit anschließendem Empfang (**präsent** in Greifswald)

UNIVERSITÄT GREIFSWALD
Wissen lockt. Seit 1456



Greifswalder Gespräche zum Energie-, Umwelt- und Seerecht:

Landes-Klimaschutzgesetzgebung – Potentiale und Grenzen

12. April 2022

Digitale Veranstaltung

Institut für Energie-, Umwelt- und Seerecht (IfEUS)

Die rasante Entwicklung von Landes-Klimaschutzgesetzen in den letzten acht Jahren hat eine reiche Vielfalt an Zielen, Klimaschutzplänen und -konzepten sowie Instrumenten hervorgebracht. Der dadurch erhöhte Druck auf den Bundesgesetzgeber, ein bundeseinheitliches Regelwerk zu erlassen, hat letztlich Wirkung gezeigt: Ende 2019 trat das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) in Kraft. Es macht bestehende Klimaschutzgesetze der Länder nicht obsolet und eröffnet explizit den Bundesländern auch die Möglichkeit, zukünftig Klimaschutzgesetze zu erlassen.

Ziel dieses ersten Greifswalder Gesprächs zum Energie-, Umwelt- und Seerecht ist es, den Bestand an Landes-Klimaschutzgesetzen zu analysieren und zu vergleichen. Aus verfassungsrechtlicher Perspektive ist zu klären, welche Anforderungen das Staatsziel Umweltschutz (Art. 20a GG), dass das Bundesverfassungsgericht zu einem justiziablen Maßstab für den Klimaschutz fortentwickelt hat, für den Landesgesetzgeber entfaltet. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des Beschlusses des BVerfG vom 18. Januar 2022 zu den Pflichten der Länder im Klimaschutz zu hinterfragen.

Zugleich sollen die Potentiale von Landes-Klimaschutzgesetzen aus naturwissenschaftlicher und rechtspolitischer Perspektive herausgearbeitet werden. Es sollen Nutzen, Leistungsfähigkeit und rechtliche Grenzen, insbesondere eines Klimaschutzgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern, diskutiert werden.

17.00 Uhr

Begrüßung

Prof. Dr. *Sabine Schlacke*,
Universität Greifswald, Geschäftsführende Direktorin IfEUS

17.10 Uhr

Grußwort

Dr. *Till Backhaus*,
Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt M-V

17.25 Uhr

Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern aus naturwissenschaftlicher Sicht

Dr. *Franziska Tanneberger*,
Universität Greifswald, Greifswald Moor Centrum

17.45 Uhr

Diskussion und Pause

18.10 Uhr

Landes-Klimaschutzgesetze im Vergleich: rechtliche Möglichkeiten und Grenzen

Prof. Dr. *Sabine Schlacke*,
Universität Greifswald, IfEUS

18.30 Uhr

Potentiale eines Landes-Klimaschutzgesetzes M-V

Dr. *Beatrix Romberg*,
Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt M-V

18.50 Uhr

Abschlussdiskussion

19.15 Uhr

Verabschiedung

„Greifswalder Gespräche“ ist eine Veranstaltungsreihe, die aktuelle sowie europa-, bundes- und landesrechtlich relevante Themen und Fragestellungen des Energie-, Umwelt- und Seerechts zum Gegenstand hat. Fachvorträge bereiten diese Themen wissenschaftlich, praxis- und lösungsorientiert auf und dienen als Grundlage für ausführliche Diskussionen. Die in der Regel in einem halbjährlichen Turnus stattfindenden öffentlichen Fachveranstaltungen richten sich an Wissenschaft und Praxis, insbesondere Verwaltung, Justiz, Anwaltschaft, Wirtschaft und Verbände.